

Und täglich grüßt die CDU

Das muss man der CDU lassen, sie lässt täglich von sich hören, auch am Wochenende. Stefan Evers meldet sich mal als stadtentwicklungspolitischer Sprecher, mal als Generalsekretär zu Wort. Und Fraktionschef Florian Graf eben als Fraktionschef sowie alle anderen für ihre jeweiligen Fachbereiche. Im Wesentlichen geht es immer um Kritik am Senat. Wie schön wäre es zwischen 2011 und 2016 gewesen, wenn die Senatoren für Inneres, Justiz, Wirtschaft, Soziales und Gesundheit auch ein wenig von dieser Kritik abbekommen hätten.

Gestern beklagte Florian Graf, dass es „absolut unverständlich ist, dass der Berliner Senat bis heute keine Lösung in Form einer Auffanggesellschaft für die 4.000 Mitarbeiter von Air Berlin gefunden hat.“ Um 16:52 Uhr, als diese Pressemitteilung verschickt wurde, war schon seit langem bekannt, dass sich Berlin mit 10 Mio. Euro an einer Auffanggesellschaft beteiligen will. Nun wird es eine Auffanggesellschaft im Volumen von diesen 10 Mio. Euro geben, aber nur für 1.200 und nicht 4.000 Mitarbeiter. Schuld daran ist nicht der Berliner Senat, weil er keine „Lösung“ gefunden hat, sondern Graf's Unionsfreunde im Bund, NRW und Bayern. Hätte nur jeder auch 10 Mio. Euro gegeben, wäre man einen großen Schritt weitergekommen. Besonders peinlich für die CDU ist, dass ihre Landesvorsitzende Monika Grütters im Kanzleramt bei Frau Merkel sitzt. Das hat den Beschäftigten von Air Berlin nichts genutzt.

„Die Mitarbeiter von Air Berlin haben etwas Besseres verdient als das wiederholte Nicht-Engagement von Herrn Müller“, schreibt Graf. Richtig ist, dass die Mitarbeiter von Air Berlin etwas Besseres als die Union verdient hätten.

Und da wir schon beim Fliegen sind, kommen wir automatisch zu den Themen Tegel und BER. CDU-Generalsekretär Stefan Evers behauptet, dass der Berliner Senat den Tegel-Volksentscheid missachte. Nun, nach meiner Wahrnehmung unternimmt der Senat alles, um herauszufinden, ob eine Offenhaltung möglich wäre. Die Zeit dränge, behauptet Evers. Warum? Ehe Tegel geschlossen werden kann, vergehen noch viele Jahre. Und dass nach der Eröffnung des BER dessen Kapazitäten nicht ausreichen würden, ist eine Behauptung, die durch nichts belegt ist.

Die Bundesregierung hat gegenwärtig keinen Verkehrsminister, der wurde, wie alle anderen Minister

auch, entlassen. Man ist geschäftsführend tätig. Und in dieser Zeit wird es keine weiteren Aussagen zu Tegel geben, bis auf die hinlänglich bekannten von Frau Merkel. Diese sagten klar, dass Tegel nicht offen bleiben kann. Auch Brandenburg, der dritte im Bunde der Flughafengesellschafter, hat sich erneut gegen die Offenhaltung von Tegel ausgesprochen. Dass allerdings Brandenburg jetzt anfängt zu pokern, ist beachtlich. Ein längeres Nachtflugverbot am BER steht jetzt plötzlich als Gegenleistung für die Tegel-Schließung im Raum. Nicht mehr von 23.30 bis 05:30 Uhr, sondern schon von 23:00 bis 06:00 Uhr. Mit dieser Zeitvorgabe kann man einen internationalen Flugbetrieb vergessen.

Auf diesen Erpressungsversuch sollte Berlin nicht eingehen, auch wenn das Linken und Grünen gefallen würde. Mich interessieren bei einer möglichen Offenhaltung von Tegel nur die folgenden Fragen:

- Welche Fluggesellschaften bleiben in Tegel, welche wechseln zum BER?
- Gibt es überhaupt, außer Ryanair eine Fluggesellschaft, die in Tegel bleiben will?
- Wenn einige Juristen behaupten, ein Widerruf des Widerrufs der Betriebsgenehmigung sei möglich, was würde es dann kosten, Tegel am Netz zu lassen?
- Welche Konsequenzen hätte es, die Landesverträge zwischen Berlin und Brandenburg wegen Tegel zu kündigen?

Das sind die zentralen Fragen, auf die es von der Pro-Tegel-Koalition aus CDU, AfD und FDP keine Antworten gibt. Der Volksentscheid Tegel ist kein Gesetz, bestenfalls ein Prüfauftrag. Über das, was die Prüfung ergibt, hat selbstverständlich das Abgeordnetenhaus zu entscheiden. Volksentscheide ersetzen nicht die parlamentarische Demokratie, das müsste die Opposition im Abgeordnetenhaus endlich begreifen.

Ed Koch

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hat sich heute in der Berliner Zeitung zu aktuellen Fragen, auch zu Tegel, geäußert. Hier der Link

<https://www.berliner-zeitung.de/28721316>

paperpress

Nr. 546 V

26. Oktober 2017

42. Jahrgang
